

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr.1106

der Abgeordneten Ludwig Burkardt, Gordon Hoffmann, Sven Petke

CDU-Fraktion

Drucksache 5/2830

Weniger Fördermittel für den Landespräventionsrat?

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 1106 vom 17.02.2011:

In der Vergangenheit hat der Landespräventionsrat die Durchführung von Gewaltpräventions- und Sicherheitsseminaren für Schülerinnen und Schüler finanziell gefördert. Allerdings hat der Vorstand des Landespräventionsrates, der sich aus Mitgliedern der Landesregierung zusammensetzt, auf seiner Sitzung im Frühjahr 2010 beschlossen, dass die Förderung solcher Seminare zukünftig ausgeschlossen ist.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Erfahrungen hat die Landesregierung mit Gewaltpräventions- und Sicherheitsseminaren für Schülerinnen und Schüler gemacht?
2. Welche Gründe haben dazu geführt, dass Gewaltpräventions- und Sicherheitsseminare für Schülerinnen und Schüler nicht mehr gefördert werden?
3. Welche Maßnahmen und welcher Teilnehmerkreis können und/oder sollen künftig durch den Landespräventionsrat gefördert werden?
4. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um die Durchführung von Gewaltpräventions- und Sicherheitsseminaren für Schülerinnen und Schüler weiterhin sicherzustellen?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Welche Erfahrungen hat die Landesregierung mit Gewaltpräventions- und Sicherheitsseminaren für Schülerinnen und Schüler gemacht?

zu Frage 1: Eine Vielzahl von Vereinen und Organisationen bieten im Land Brandenburg Projekte an, die Kinder und Jugendliche zum Thema Gewaltprävention und Konfliktlösung an Grund- und weiterbildenden Schulen sowie im außerschulischen

Datum des Eingangs: 21.03.2011 / Ausgegeben: 28.03.2011

Bereich qualifizieren und unterstützen. Bei verschiedenen Projekten werden an den teilnehmenden Schulen neben den Schülern und ihren Eltern auch Lehrkräfte aktiv in die Maßnahmen eingebunden bzw. darüber hinaus Lehrer und Schüler zu zukünftigen Multiplikatoren fortgebildet, um folgende Schülergenerationen ebenfalls anleiten und begleiten zu können. Auch durch den Landespräventionsrat wurden in den letzten Jahren mehrfach Gewaltpräventionsprojekte für Schülerinnen und Schüler auf Antrag der jeweiligen Schulfördervereine unterstützt. Diese Schulungen für Kinder unter Begleitung der Eltern wurden vorrangig in den Landkreisen Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming (Gemeinde Blankenfelde-Mahlow) durchgeführt. Das Vorhandensein von entsprechenden Projekten, Initiativen und Angeboten ist ein Zeichen dafür, dass Schulen und ebenso außerschulische Einrichtungen sich dem Thema Gewaltprävention und Konfliktlösung annehmen und für diese Problematik sensibilisiert sind. Daher ist zum Beispiel die Existenz eines Konfliktschlichterprogramms an einer Schule als sehr positiv zu werten.

Frage 2: Welche Gründe haben dazu geführt, dass Gewaltpräventions- und Sicherheitsseminare für Schülerinnen und Schüler nicht mehr gefördert werden?

zu Frage 2: Die Förderung ausgewählter Einzelmaßnahmen sollte antragstellenden Schulen zusätzliche Maßnahmen ermöglichen, jedoch nicht einen dauerhaften Ersatz für in Verantwortung der Schulen durchzuführende Maßnahmen darstellen. Eine solche Förderung von punktuellen Einzelmaßnahmen wurde durch den Vorstand des Landespräventionsrates auf seiner Sitzung im März 2010 nicht als zielführend erachtet. Daher wurde zwischen dem Innen- und Bildungsressort vereinbart, Möglichkeiten zu prüfen, einen landesweiten Ansatz für alle Schulen zu erarbeiten und umzusetzen. Vorrangig sollten die bereits vorhandenen Unterstützungsmöglichkeiten durch Schulamt, LISUM, aber auch die Präventionsmitarbeiter der Polizei geprüft werden. In Konfliktsituationen besteht auch heute schon die Möglichkeit, dass sich Schulen durch geschulte Schulpsychologen und Konfliktberater unterstützen lassen.

Frage 3: Welche Maßnahmen und welcher Teilnehmerkreis können und/oder sollen künftig durch den Landespräventionsrat gefördert werden?

zu Frage 3: Der Landespräventionsrat fördert kriminalpräventive Projekte und Maßnahmen von Vereinen, Institutionen, Verbänden, kommunalen oder freien Trägern, die sich an den Schwerpunkten seiner Arbeit ausrichten. Diese sind die Zurückdrängung der Kinder- und Jugendkriminalität und der Jugendgewalt, Prävention der Drogenkriminalität, Vernetzung von Präventionsaktivitäten auf kommunaler und regionaler Ebene, Zurückdrängung von häuslicher Gewalt / Gewalt gegen Frauen, Bekämpfung von Opferentstehungsprozessen / Opferschutz und Opferhilfe. Von besonderem Interesse sind dabei solche Projekte, die interaktiv, ganzheitlich und nachhaltig angelegt sind, einen größeren Personenkreis über einen längeren Zeitraum ansprechen, Einzelinitiativen miteinander vernetzen oder als Pilotprojekte geeignet sind. In

besonderen Fällen unterstützt der Landespräventionsrat Einzelprojekte in der Startphase, um den Antragstellern künftig die Erschließung von alternativen Finanzierungsmöglichkeiten zu erleichtern.

Frage 4: Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um die Durchführung von Gewaltpräventions- und Sicherheitsseminaren für Schülerinnen und Schüler weiterhin sicherzustellen?

zu Frage 4: Die Landesregierung unterstützt weiterhin Projekte und Maßnahmen aus dem Bereich Gewaltprävention, unter anderem im schulischen Umfeld. Auf Grund der Vereinbarung zwischen dem Innen- und Bildungsressort, im Bereich der Gewaltprävention einen landesweiten Ansatz für alle Schulen zu erarbeiten und umzusetzen, werden derzeit auf Fachebene die bisher vorhandenen Kooperationen und Konzepte auf Wirkung und Nachhaltigkeit überprüft und weiterentwickelt. Die Vorgehensweisen zur Reaktion auf verschiedene Störungen des friedlichen Zusammenlebens in der Schule, von Beleidigungen über Mobbing, Körperverletzungen bis hin zu extremen Gewalttaten hat das Bildungsressort in den letzten Jahren z. B. im Rundschreiben „Hinsehen – Handeln – Helfen. Angstfrei leben und lernen in der Schule“ im Jahr 2009 erneut dargestellt. Die Landesregierung hat sich in diesem Zusammenhang als oberstes Ziel ein gewaltfreies Schulklima, ein gewaltfreies Zusammenleben und Lernen in der Schule gestellt. Dazu werden seit vielen Jahren verschiedene Hilfen, Konzepte und Fortbildungen den Schulen angeboten, um Gewalt schon präventiv zu begegnen. Diesem Ziel dient auch die seit vielen Jahren an vielen Orten erfolgreich praktizierte Partnerschaft zwischen der Polizei und den Schulen. Der seit 2003 existierende Ansatz der Kooperation von Polizei und Schule wird sehr intensiv zu vielfältigen Themen gepflegt. Ziel der Schulpartnerschaften ist es, durch früh ansetzende Prävention das Entstehen von Konflikten und Gewalt in der Schule und im schulischen Umfeld zu verhindern. Zielgruppe sind vor allem die Lehrkräfte als Multiplikatoren kriminal- und verkehrsunfallpräventiver Inhalte, im schulischen Bereich tätige Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter, aber insbesondere die Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern. Inzwischen wird mit insgesamt 894 Schulpartnerschaften (Stand Februar 2010) eine nahezu flächendeckende „Versorgung“ der Schulen mit über 95 % gewährleistet.

Zur Unterstützung der Lehrkräfte und anderer pädagogischer Fachkräfte hat im Jahr 2006 das LISUM das ganzheitliche Präventionskonzept „Schulische Prävention im Team (PIT)“ veröffentlicht. Anliegen des Konzeptes ist es, die Schulen bei ihren präventiven Maßnahmen durch die Bündelung und Koordinierung von Ressourcen zu unterstützen und sie gleichzeitig mit neuen Impulsen zu versehen. Die Schulen werden unterstützt, auf gesellschaftliche Entwicklungen wie die Zunahme von Gewaltbereitschaft, den Einfluss des Rechtsextremismus und den Umgang mit Drogen adäquat zu reagieren. Das Programm „Initiative Oberschule“ des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport hat das Ziel der Verbesserung der sozialen Schlüsselkompetenzen der Schülerinnen und Schüler, zu denen auch die Konfliktlösung gehört.

Die nun vorliegende Evaluation des Programms zeigt, dass diese Zielsetzung erreicht wird (vgl. Prof. Dr. Manfred Ecker et.al.: Evaluationsbericht zum Förderprogramm „Initiative Oberschule - IOS“, 2010, insbesondere Seiten 43, 52 und 56). Für die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit ist darauf hinzuweisen, dass in den verschiedenen Arbeitsfeldern die Förderung von sozialen Kompetenzen wie auch der Umgang mit Konflikten eine hohe Bedeutung haben, z. B. in der außerschulischen Jugendbildung und in der Sozialarbeit an Schulen. Gerade im vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport geförderten Personalkostenförderprogramm Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit zeigt sich diese konzeptionelle Schwerpunktsetzung der Fachkräfte in den Themen Erhöhung der Konfliktlösungskompetenz und der Gewaltprävention (vgl. die Publikation des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport „Das Personalkostenförderprogramm Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit – Eine zusammenfassende Auswertung der Sachberichtsbögen für die Jahre 2006 – 2008“, insbesondere Seiten 19 und 30). Durch den Landespräventionsrat wie auch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport wurden und werden darüber hinaus die verschiedensten Projekte zur Gewaltprävention an Schulen unterstützt, u. a.:

* Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e. V. mit dem Projekt „KICK Brandenburg – Sport gegen Jugenddelinquenz“ (Förderung aus Landesjugendplan und Landespräventionsrat)

* Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V. mit dem Projekt „Boxenstopp – Landesweite Trainingsangebote und Multiplikatoren-schulung zur Integration jugendlicher Gewalttäter und zur Prävention jugendlicher Delinquenz“ (Förderung aus Landesjugendplan und Landespräventionsrat)

* Multivision e. V. mit dem Projekt „Stärkung der Zivilcourage und Ausbildung von Schüler und Lehrkräfte zu Streitschlichtern“

* Bildungsstätte Kurt Löwenstein e. V. mit seinen „Begegnungsseminaren und Anti-gewalt-Trainings mit Brandenburgischen und Berliner SchülerInnen verschiedenen Alters zum Abbau von Vorurteilen, zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung und zum kooperativen Miteinander“

* Aktion Kinder- und Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Brandenburg (AKJS) e. V. mit „Filmspots gegen Gewalt gegen Kinder, Vernachlässigung von Kindern, Ausgrenzung von Fremden sowie Gewalt in der Schule und Freizeit“

* Seniorpartner in School e. V. mit dem Projekt „Weiterbildung von Senioren zu Schulmediatoren“

* pro familia Landesverband Brandenburg e.V. mit seinem Projekt „Ziggy zeigt Zähne“

* ESTAruppin e. V. mit „Kinder stark machen – zu stark für sexuellen Missbrauch“